



Juliane Seifert

Dr. Markus Kerber

-Staatssekretäre-

ausschließlich per Mail

Ansprechpartnerin:

Anja Treichel

Wilhelm-Külz-Straße 22

06108 Halle/Saale

0345/ 470 08 720

anja.treichel@damost.de

www.damost.de

Halle, 23.07.2020

Sehr geehrte Frau Seifert,
sehr geehrter Herr Dr. Kerber,

wir bedanken uns für die Bitte zur Mitgestaltung der Arbeit des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Wir freuen uns, dass Sie an unseren Positionen interessiert sind und hoffen, dass diese in den Gesamtprozess einfließen können und wir zu der geplanten Anhörung eingeladen werden.

DaMOst ist ein Zusammenschluss der fünf Landesnetzwerke ostdeutscher Migrant*innenorganisationen und gibt daher die Stellungnahme auch im Namen der Landesverbände ab. Die Landesverbände (Migrationsrat Brandenburg, Dachverband sächsischer Migrant*innenorganisationen DSM, MIGRANET Mecklenburg-Vorpommern, LAMSA – Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen in Sachsen-Anhalt und MigraNetz Thüringen) werden daher keine eigene Stellungnahme abgeben.



Da wir Mitglied der bkmo – Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen sind und unser Vorstandsmitglied Mamad Mohamad, der auch Geschäftsführer des LAMSA ist, im Begleitausschuss vertreten ist, sind wir über die Stellungnahmen des Begleitausschusses bestens informiert und schließen uns diesen vollumfänglich an.

Aufgrund der besonderen Stellung Ostdeutschlands hinsichtlich der Themen Rechtsextremismus und Rassismus möchten wir dennoch einige Ergänzungen vornehmen. Wir verweisen dabei auch auf unser Positionspapier „Deutschland ist ein geteiltes Einwanderungsland“, das Sie finden unter <https://www.damost.de/anliegen/politische-forderung/>

1. Es ist uns wichtig, dass die **besondere Situation Ostdeutschlands als Querschnittsthema** in allen Bereichen mitgedacht wird. Wichtig ist hier eine gesonderte Betrachtung von Rechtsextremismus und Rassismus, wobei im Bereich Rassismus Wortmeldungen der Betroffenen und ihrer Verbände eine besondere Wichtigkeit haben müssen.
2. Datenlage: Im Sinne eines Monitorings, das auf die tatsächlichen Bedarfslagen abstellt, ist es notwendig, eine **gesonderte Datenerhebung für Ostdeutschland** vorzunehmen, um eine Differenzierung zwischen der Situation in Ost und West vornehmen zu können, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten klar benennen und somit die zu entwickelnden Hebel an der richtigen Stelle ansetzen zu können. Die Analysen für Ostdeutschland sollten sachlich bleiben und nicht wiederum die „Ostdeutschen an sich“ stigmatisieren und ihnen einen generellen Hang zu antidemokratischen Haltungen unterstellen. Um eine Balance zwischen der klaren Benennung von Herausforderungen und Problemlagen und einer auf Veränderung



abzielenden Strategie, die gleichzeitig die ostdeutsche Gesellschaft nicht verallgemeinernd abstempelt, wahren zu können, muss in Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen eine gesonderte Strategie für Ostdeutschland erarbeitet werden, insbesondere unter Einbeziehung neuer Formate der politischen Bildung. Alle bisherigen Versuche, der Situation in Ostdeutschland Rechnung zu tragen, endeten mehrheitlich darin, dass die Situation sich noch verschärfte. Ein „Mehr vom Gleichen“, das nicht zu einer Lösung, sondern zu noch mehr Problemen führt, darf es nicht geben. Hier sollte neu gedacht werden und die ausgetretenen Pfade von Formaten, die in der alten Bundesrepublik funktioniert haben mögen, müssen verlassen werden.

3. Dabei ist es wichtig, auch die **Potenziale der Gesellschaft, insbesondere der Migrationsgesellschaft, in Ostdeutschland, wahrzunehmen** und diese in die öffentlichen Diskurse einzuspeisen. Die Migrant*innen in Ostdeutschland sind sehr gut organisiert, größtenteils überethnisch und generationenübergreifend. Sie haben sich eine wichtige Stimme in der Gesellschaft erobert. Ihre Organisationen sind jung, demokratisch, flexibel, offen, denken kreativ außerhalb vorgegebener Strukturen, kooperieren sehr stark miteinander und bringen sich in gesellschaftliche Prozesse ein. Sie setzen sich mit allen Phänomenen einer Migrationsgesellschaft auch kritisch auseinander und reden in vielen Bereichen mit: sei es im Bereich Entwicklungspolitik, Partizipation, Empowerment, Antidiskriminierung und Rassismus, Bildung oder Arbeitsmarkt. Viele in Ostdeutschland lebende Migrant*innen können neben den unleugbaren Problemen auch Potenziale des Lebens in Ostdeutschland sehen, die aber leider in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle spielen. Im Gegenteil werden die in Ostdeutschland lebenden Migrant*innen mitunter doppelt stigmatisiert: als Ostdeutsche und als Migrant*innen. Wichtig ist auch die öffentliche



Wahrnehmung dessen, dass die dramatische demografische Situation (Bevölkerungsrückgang) in vielen Teilen Ostdeutschlands teilweise durch den Zuzug von Migrant*innen abgemildert werden konnte.

4. Um die Situation in Ostdeutschland längerfristig zu entschärfen, ist eine (in Teilen bereits begonnene) **Aufarbeitung der Situation nach der Wende** nötig. Dies gilt auch für die Situation von Migrant*innen in einem neuen Deutschland, in dem die Freude über die Wiedervereinigung schnell in einen Hass gegen alles, was vermeintlich nicht in das schöne neue Deutschland passte, umschlug. Diesem Hass wurde von staatlicher Seite kaum Einhalt geboten, im Gegenteil wurde er noch befeuert bzw. wurde zugesehen, wie sich allerorten rechtsextreme Organisationen bildeten und ungestört ihren Hass verbreiten konnten. Viele Migrant*innen, die diese Zeit miterlebt haben, leiden bis heute an den Folgen zahlreicher unaufgearbeiteter Angriffe, Überfälle, Diskriminierungen, unaussprechlicher Beleidigungen, Ausschlüsse, unrechtmäßiger staatlicher Maßnahmen, nicht verfolgter strafrechtlich relevanter Ereignisse usw. Diese Zeit hat das Vertrauen vieler Migrant*innen und ihres persönlichen Umfeldes in ein funktionierendes demokratisches Staatswesen nachhaltig zerstört; dieses Vertrauen muss wieder aufgebaut werden. Dafür braucht es gezielte Maßnahmen.

Eine Erinnerungskultur und die Beschäftigung mit der Zuwanderung in die DDR und die daraus resultierenden Unterschiedlichkeiten, die im Zuge der Vorbereitungen zu 30 Jahren Wiedervereinigung bereits begonnen hat, ist ebenfalls wichtig. Diese Erinnerungskultur braucht Orte.

5. **Arbeit gegen Diskriminierung:** Aufgrund der Situation in Ostdeutschland sind Einrichtungen, die Betroffene von Diskriminierung aufgrund der Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Religion unterstützen, besonders wichtig. Es bedarf



flächendeckender Antidiskriminierungsangebote in allen ostdeutschen Ländern sowie unabhängiger Ombudsstellen.

Die Migrant*innenorganisationen sind die erste vertrauensvolle Anlaufstelle für viele Zugewanderte. Dort sind diskriminierungs- und rassismuserfahrene Menschen anzutreffen. Die Ansiedlung von Antidiskriminierungsberatungsstellen sollte demnach dort angestrebt werden, wo die Betroffenen zusammenkommen, nämlich bei den Migrant*innenorganisationen.

- 6. Empowerment für Migrant*innen und PoC**, insbesondere für junge Leute, die sich neben der entwicklungsbedingten Identitätsbildung gleichzeitig mit Anfeindungen aus ihrem Umfeld auseinandersetzen müssen, ist aufgrund der vielfach genannten Faktoren und der weniger vorhandenen Möglichkeiten, sich in einem geschützten Raum zu bewegen, in Ostdeutschland nötiger als in Westdeutschland. Ganz besonders wichtig sind diese Empowermentprozesse für Menschen, die wegen mehrerer Merkmale diskriminiert werden, z.B. Frauen und Menschen mit Behinderungen. Die flächendeckende Finanzierung entsprechender Trainings (z.B. an Schulen und in Migrant*innenorganisationen), aber auch spezielle beraterische und therapeutische Angebote sollten in Kooperation mit den Verbänden der von Rassismus Betroffenen installiert werden.
- 7. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland** ist eine besondere Aufgabe: beispielhaft ist hier die Forderung nach lückenloser Aufklärung der Aktivitäten des rechtsextremistischen Netzwerkes „Nordkreuz“ zu nennen. Die Rolle, die hier Polizei, Verfassungsschutz und andere Institutionen bei der Aufklärung der Ereignisse in Lichtenhagen, Hoyerswerda, den NSU-Morden in den östlichen Bundesländern wie



Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gespielt haben, muss dringend aufgearbeitet und zukünftig verändert werden. Rechtsextreme Anschauungen, vor allem deren modernere und nach außen hin abgemilderte Erscheinungsformen, finden in der ostdeutschen Bevölkerung ein größeres Potenzial und mehr Anhänger als in Westdeutschland; deren Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen hat offenbar große Erfolge erzielt. Spricht man heute nicht mehr von „national befreiten Zonen“, aus denen Migrant*innen und Andersdenkende vertrieben wurden, so ist doch festzustellen, dass einige Gebiete Ostdeutschlands aufgrund der großen Verankerung rechten Gedankenguts in der Bevölkerung als no-go-areas oder zumindest stark angstbesetzte Zonen für Menschen gelten, die vermeintlich „anders sind“, weil sie nicht dem normativen Bild eines „Deutschen“ entsprechen. Die Mehrheit der Menschen in einigen Gegenden nehmen derlei Gedanken als Normalität wahr und können deren antidemokratischen, menschenfeindlichen Charakter gar nicht mehr erkennen, weil der Großteil der sie umgebenden Menschen genau so denkt. Hier muss mit gezielten Maßnahmen der politischen Bildung, beginnend in der Kita, angesetzt werden. Diese Bildung darf aber nicht von oben herab als Belehrung durch westdeutsche bürgerliche urbane Eliten wahrgenommen werden, sondern soll in emotionaler Weise an die humanistischen Grundwerte unserer Gesellschaft anknüpfen. Daher sollte sie sich von faktenbasierter Wissensvermittlung größtenteils verabschieden. Wir müssen von einem eurozentrischen Bildungsinhalt zu einem weltgerechten Bildungsansatz übergehen, indem man den positiven Beitrag zur Weltentwicklung von nicht-weißen Menschen in die Lehrinhalte einfließen lässt. Dabei können Migrant*innenorganisationen bei der Erstellung der Lehr- und Bildungsinhalte einbezogen werden.



8. Der niedrigere Anteil an Migrant*innen in der Bevölkerung in Ostdeutschland darf nicht dazu führen, dass weniger Mittel für „Integrations“-Projekte bereitgestellt werden. Im Gegenteil müssen mehr Mittel fließen, da die Notwendigkeit für Projekte und Initiativen aus einem Demokratiedefizit herrührt und nicht aus einem Mangel an „Integration“, weshalb die tatsächlich vorhandene Anzahl von Migrant*innen oder PoC keine Rolle spielt, geht es um rassismuskritische, social justice, demokratiefördernde oder gemeinwesenorientierte Ansätze.

9. **Institutionelle Förderung von Migrant*innen und ihren Organisationen** in Ostdeutschland ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere Schritte folgen müssen. Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland als wichtige Stimme der Betroffenen benötigen vielfache Unterstützung, um ihrer Arbeit nachgehen zu können.

10. **Polizei, staatliche Verwaltung und Institutionen:** hier ist festzustellen, dass die Haltung von Menschen, die in diesen Institutionen arbeiten, die Haltung der Gesamtbevölkerung mindestens widerspiegeln, wenn nicht überflügeln. Da in Ostdeutschland, wie allseits bekannt, höhere Zustimmungswerte gegenüber demokratiefeindlichen Phänomenen herrschen, ist auch anzunehmen, dass in den Institutionen mindestens derselbe Prozentsatz Menschen, die diesen Phänomenen anhängen, wiederzufinden ist. Bekannt ist auch, dass Menschen, die die Sicherheit einer staatlichen Alimentierung und einer Arbeit mit einer ausgeprägten Hierarchie suchen, eher zu Weltanschauungen neigen, die einfache Lösungen versprechen und in einem Schwarz-Weiß-Denken verharren. Hinzu kommen diejenigen, die gezielt staatliche Institutionen unterwandern, um rechtes Gedankengut salonfähig zu



machen und immer weiter zu verbreiten. Daher fordern wir, dass besonderes Augenmerk darauf gelegt wird, menschenfeindliche Einstellungen und diesbezügliche Handlungen unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung in der Polizei, der Verwaltung und staatlichen Institutionen zu bekämpfen, frühzeitig zu erkennen und präventive Elemente in die Ausbildung zu integrieren. Das reine Abverlangen einer Zustimmung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung reicht bei weitem nicht aus, da anzunehmen ist, dass jemand, der oder die dieser nicht zustimmt, dies nicht öffentlich sagen wird. Ob ein demokratischer Staat wirklich funktioniert und auch als solcher wahrgenommen wird, entscheidet sich für den einzelnen oft anhand des Verhaltens der Vertreter*innen dieses Staates, weshalb diese auch alimentiert werden und als Beamte eine besondere Stellung einnehmen. Damit hängt eine erhöhte Verantwortung zusammen.

Anja Treichel und Ayman Qasarwa, Geschäftsführung DaMOst

Migrationsrat Brandenburg, MIR e.V.

*DSM e.V. - Dachverband sächsischer Migrant*innenorganisationen,*

MIGRANET Mecklenburg-Vorpommern

*LAMSA e.V. – Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen in Sachsen-Anhalt und*

MigraNetz Thüringen